

»» Was hat uns die EU gebracht? – eine Bilanz aus 60 Jahren europäischer Integration

Nr. 163, 14. März 2017

Autoren: Dr. Philipp Ehmer, Telefon 069 7431-6197,
Martin Müller, Telefon 069 7431-3944,
Stephanie Schoenwald, Telefon 069 7431-6446, research@kfw.de

Die Europäische Union steht vor der größten Bewährungsprobe seit ihrer Grundsteinlegung vor 60 Jahren. Trotz vieler Fortschritte sind die Folgen der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa noch immer nicht vollständig überwunden. Seit fast 10 Jahren kämpft die EU gegen eine langwierige Investitions- und Wachstumsschwäche an. In besonders betroffenen Staaten herrscht unter den Jugendlichen Massenarbeitslosigkeit, hohe Schulden der öffentlichen Haushalte beschränken den staatlichen Handlungsspielraum und die Bankbilanzen werden von notleidenden Krediten belastet. Die Flüchtlingskrise hat die Spannungen verstärkt und in weiten Kreisen der Bevölkerung die Skepsis gegenüber Globalisierung und internationaler Zusammenarbeit wachsen lassen.

Das 60-jährige Jubiläum bietet einen erfreulichen Anlass, uns in Erinnerung zu rufen, dass die EU trotz aller aktuellen Schwierigkeiten die politisch und wirtschaftlich erfolgreichste Gemeinschaft von Nationalstaaten in der europäischen Geschichte ist. Demokratie, Menschenrechte, soziale Marktwirtschaft, der Europäische Binnenmarkt ohne Grenzen und Handelsschranken, freier Kapitalverkehr, Arbeitnehmerfreizügigkeit, europaweiter Verbraucher- und Umweltschutz, Wirtschaftshilfe für strukturschwache Regionen: Das alles hat zum hohen Wohlstand der Bürger in den Mitgliedsstaaten maßgeblich beigetragen. An erster Stelle steht jedoch die Friedensdividende, für die die EU den Nobelpreis erhielt. Allein die eingesparten Rüstungsausgaben betragen bis zu 2 Bio. EUR pro Jahr.

Wollen wir den Wohlstand für alle bewahren und weiter wachsen lassen, müssen wir die EU fit für die Zukunft machen. Wir brauchen innovative Unternehmen, mehr Investitionen, solide Staatshaushalte, einen stabilen Bankensektor, nachhaltige Energieversorgung und Klimaschutz: Das sind Mammutaufgaben, die Europa nur solidarisch meistern kann. Eine weitere Herausforderung besteht darin, eine EU-weite Regelung für die kontrollierte Einwanderung aus Krisengebieten zu finden und die Lasten humanitärer Maßnahmen gerecht zu verteilen. Auch hier führt internationale Kooperation zu besseren Ergebnissen als nationalstaatliche Egoismen und Alleingänge.

In dieser Studie haben wir zusammengetragen, welchen Nutzen die EU ihren Bürgern und ihren Volkswirtschaften gebracht hat und warum sie so erfolgreich war. Im weltweiten Vergleich liegen die EU-Staaten bei Wohlstand und

wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit auf Spitzenplätzen: Das Pro-Kopf-BIP und die Arbeitsproduktivität der EU-Länder sind im Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie die aller Volkswirtschaften der Welt. Zudem gehören die EU-Staaten zu den Spitzenreitern bei Einkommensgleichheit, Bildung und Lebenserwartung. Das ist beeindruckend und historisch beispielhaft. Sieben Punkte sind nach unserem Befund zentral für den Erfolg der EU:

1. Alle Mitgliedsstaaten verfügen über rechtsstaatliche Demokratien, die sich verpflichtet haben Freiheits- und Menschenrechte zu schützen und eine friedliche Kooperation zur Mehrung des Wohlstands anstreben. In einer Welt, in der noch 40 % aller Staaten von Diktatoren oder Monarchen regiert werden und Kriege Millionen von Toten und Flüchtlingen zur Folge haben, ist eine solche Stabilitäts- und Wertegemeinschaft ein wertvolles Gut.
2. Die EU handelt als Solidargemeinschaft. Über den EU-Haushalt erhalten insbesondere die wirtschaftlich weniger starken Regionen in Süd- und Osteuropa beträchtliche Finanzhilfen für Investitionen und den Ausbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen. Auch Ostdeutschland hat davon profitiert. Die Wirtschaftshilfen nutzen nicht nur den Empfängerländern sondern allen EU-Staaten. Denn sie stärken den Zusammenhalt, helfen beim Aufbau und bei der Sicherung von Demokratien und sozialen Marktwirtschaften und eröffnen neue Absatz- und Investitionschancen.
3. Die EU handelt als Stabilitätsgemeinschaft. Seit der Finanzkrise hat sie mit Garantien und Hilfskrediten besonders betroffene Volkswirtschaften stabilisiert und vor der Zahlungsunfähigkeit bewahrt.
4. Die EU bietet den Unternehmen mit einem Absatzmarkt von 14 Bio. EUR den zweitgrößten Binnenmarkt der Welt. Er verhindert, dass Zölle und weitere Handels- und Investitionsbarrieren Europa wirtschaftlich zerstückeln. Einheitliche Regeln sorgen für fairen Wettbewerb. Das senkt die Kosten und Risiken von Handel und Investitionen und erhöht Wachstum und Beschäftigung.
5. Die grenzüberschreitende Arbeitnehmerfreizügigkeit trägt zu höheren Einkommen, zur Vermeidung von Fachkräftengpässen und zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei. Die europäischen Volkswirtschaften profitieren davon, dass Arbeitskräfte dorthin wandern, wo sie Arbeit finden

und hohe Einkommen erzielen.

6. Die EU bietet ihren Bürgern „greifbare“ Vorteile, die wir im Alltag oft irrtümlich als selbstverständlich hinnehmen. Dazu zählen Völkerfreundschaft statt Feindschaft, Reisefreiheit, europaweiter Verbraucherschutz und Umweltschutz, eine große Waren- und Dienstleistungsvielfalt und der Euro als einheitliches, stabiles Zahlungsmittel.

7. Die Kooperation in der EU sorgt für ein Geben und Nehmen, von dem alle profitieren. Nicht jedem Land nutzt jeder Integrationsschritt gleichermaßen, doch per saldo profitieren alle. Exportorientierte Volkswirtschaften besonders vom Freihandel, andere von Kapitalzuflüssen und umfangreichen Wirtschaftshilfen. Völkerfreundschaft sowie wirtschaftliche und politische Stabilität sind für alle von unschätzbarem Wert.

Eine Vision für ein zerrüttetes Europa

Am 25. März 1957 schlossen sich sechs europäische Staaten zu einem Bündnis zusammen, das nach Frieden und Wohlstand für ganz Europa strebte. Als die Regierungschefs die Römischen Verträge im Senatorenpalast auf dem Kapitolshügel unterzeichneten, war dies kaum mehr als eine von Hoffnung beseelte Utopie. Der von den Nationalsozialisten entfachte Zweite Weltkrieg lag keine zwölf Jahre zurück. Mehr als 60 Millionen Menschen hatten ihr Leben verloren. Infrastruktur, Produktionsstätten und Wohngebäude waren in erschütterndem Ausmaß zerstört. Und Europa zerfiel erneut in zwei verfeindete Lager: Östlich des Eisernen Vorhangs verbündeten sich die sozialistischen Diktaturen des Warschauer Pakts – westlich die meist demokratisch regierten, marktwirtschaftlich orientierten Westmächte.

Mit den Römischen Verträgen legten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande das Fundament für die Europäische Union. Die wichtigsten Ziele schrieben sie im Vertrag zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fest. Die Regierungen wollten durch gemeinsames Handeln

- den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sichern und die Europa trennenden Schranken beseitigen,
- die Lebens- und Beschäftigungsbedingungen stetig verbessern,
- einen ausgewogenen Handelsverkehr und einen redlichen Wettbewerb,
- den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern,
- eine gemeinsame Handelspolitik zur Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr
- und Frieden und Freiheit wahren und festigen.

Das 60-jährige Jubiläum bietet Gelegenheit ein Resümee zu ziehen, inwieweit aus der Utopie Realität geworden ist, und

Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.

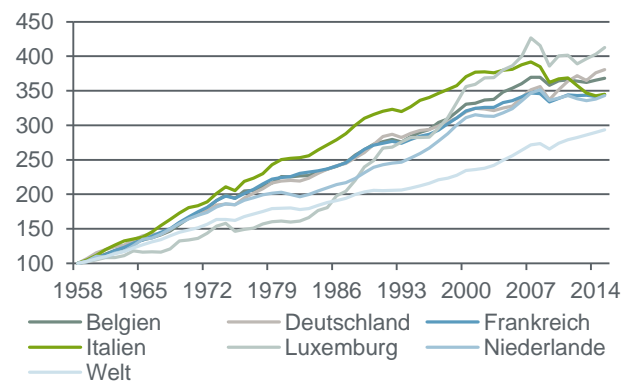
Der Phönix Europa schwingt sich aus der Asche

Die sechs Gründerländer starteten mit wehenden Fahnen und erzielten ein Wirtschaftswachstum, das Westeuropa nie gekannten Wohlstand brachte (Grafik 1). Seit 1958 hat sich das reale BIP pro Kopf in allen Gründerländern mehr als verdreifacht. Das Wachstum der Weltwirtschaft blieb weit dahinter zurück.

Den Erfolg der EWG-Staaten bei der Umsetzung ihrer Ziele zeigt ein Vergleich mit südamerikanischen Volkswirtschaften. Ende der 50er-Jahre war das Pro-Kopf-Einkommen in Argentinien und Uruguay noch höher als in Italien und wenig geringer als in den anderen Staaten der EWG. Venezuela war dank seines Erdöls sehr viel reicher. Doch während Demokratie, soziale Marktwirtschaft und friedliche Zusammenarbeit der EWG 60 Jahre lang nahezu kontinuierliches Wachstum bescherten, hemmten Diktaturen, politische Instabilitäten und sozialistische Wirtschaftskonzepte die Entwicklung der südamerikanischen Volkswirtschaften. In allen EWG-Staaten liegen die Pro-Kopf-Einkommen deshalb heute erheblich höher und die Einkommen sind wesentlich gerechter verteilt.

Grafik 1: Die Gründerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft lassen die Welt hinter sich

Wachstum des realen BIP pro Kopf (1958=100)



Quellen: Weltbank, Angus Maddison Project, Knoema, Destatis.

Die EWG hat großen Zulauf und entwickelt sich zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Bereits drei Jahre nach Gründung der EWG stellten weitere Staaten Aufnahmeanträge. Frankreichs Präsident de Gaulle lehnte eine Erweiterung jedoch ab. Er befürchtete, dass neue Mitglieder die Zusammenarbeit erschweren und die Integration gefährden könnten.¹ Es dauerte fast 20 Jahre, bis Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich beitreten konnten. Bis 2013 schlossen sich die heutigen 28 Staaten zusammen. Parallel bauten die Mitglieder die Gemeinschaft zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion aus (Tabelle 1). In der gesamten Weltgeschichte ist kein Bund von Nationalstaaten eine engere und erfolgreichere Zusammenarbeit für Frieden, Wohlstand und Freiheit eingegangen.

Vergleicht man wirtschaftliche Kennzahlen von 2015 und 1995, so wird deutlich, wie stark sich die EU in den letzten 20 Jahren verändert hat:

- Die EU ist stark gewachsen: Sowohl die Bevölkerung als auch das reale Bruttoinlandsprodukt stiegen um 36 % auf 509 Millionen Einwohner bzw. 12,4 Bio. EUR (Tabelle 2).
- Die EU-Staaten haben bei wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Wohlstand unter den Industrieländern eine herausragende Position erreicht: Sowohl das BIP-pro-Kopf als auch die Arbeitsproduktivität sind für die bis 1995 beigetretenen EU-15 im Durchschnitt höher als für die anderen OECD-Länder (Tabelle 3). Auch sind die Einkommen wesentlich gleichmäßiger verteilt.
- Die EU-Staaten haben ihre starke Position in der Weltwirtschaft auch in Zeiten der Globalisierung gehalten: 2015 erwirtschafteten sie 17 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts und hatten einen Anteil von 33 % am Welthandel. Damit ist die Staatengemeinschaft wirtschaftlich bedeutsamer als die USA geworden. Zum Vergleich: Die USA haben einen Anteil von 16 % am Welt-BIP und von 9 % am Welthandel.
- Mit der Osterweiterung hat die wirtschaftliche Heterogenität in der EU erheblich zugenommen: 1995 wies Portugal mit 65 % des EU-Durchschnitts das niedrigste Pro-Kopf-BIP auf. 2015 war es Bulgarien mit 47 % des EU-Durchschnitts. In gleicher Größenordnung haben die Unterschiede bei der Arbeitsproduktivität zugenommen. Das Ziel, den wirtschaftlichen Rückstand der ehemals sozialistischen Staaten aufzuholen, ist zu den Herausforderungen der EU hinzugekommen.

Tabelle 1: Meilensteine auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Vertiefung der Europäischen Union	
1957	Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande unterzeichnen die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)
1968	Inkrafttreten der Zollunion : Abschaffung aller Binnenzölle zwischen den EWG-Staaten, gemeinsamer Außenzoll.
1986	Einheitliche Europäische Akte : Vorgaben zum Aufbau des gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes und Abbau der inneren Schranken für den Personen- und Kapitalverkehr bis zum 01.01.1993.
1992	Vertrag von Maastricht . Schaffung der Europäische Union mit drei Säulen: 1. Fortführung der bisherigen EG (Agrarmarkt, Zollunion, Binnenmarkt, etc.) mit erweiterten Befugnissen (z. B. Verbraucherschutz), 2. gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, 3. Zusammenarbeit u. a. bei Justiz und Inneres sowie Einwanderung.
1993	Inkrafttreten des gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes .
2002	Euro-Bargeld-Einführung .
Beitritte und Austritt	
1958	Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande
1973	Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich
1981	Griechenland
1986	Spanien, Portugal
1995	Finnland, Österreich, Schweden
2004	Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern
2007	Bulgarien, Rumänien
2013	Kroatien
2016	Das Vereinigte Königreich beschließt nach einem Referendum den Austritt

Was sind die Errungenschaften der EU?

Wir haben diese Frage auf zwei Arten beantwortet: Zum einen haben wir untersucht, was die EU ihren Bürgern, Unternehmen und Mitgliedstaaten gebracht hat. Zum anderen haben wir die wirtschaftliche Entwicklung der EU-Staaten mit

der anderer Länder und Regionen verglichen. Die Ergebnisse sind höchst bemerkenswert.

Der Einsatz für Frieden hat den hohen Wohlstand in der EU erst möglich gemacht

Das norwegische Nobelpreiskomitee hat der EU 2012 für ihren Einsatz für Frieden, Demokratie und Menschenrechte den Nobelpreis verliehen. Nachdem rivalisierende Militärmächte über mehrere Jahrtausende Kriege, Leid und Verwüstung säten und die Entwicklung Europas hemmten, handeln die Staaten der EU heute als Verbündete. Hier ist ohne Zweifel die größte Errungenschaft der EU zu sehen. Die daraus erwachsende Friedensdividende ist kaum zu überschätzen:

Tabelle 2: Die Europäische Union hat sich zu einem der bedeutsamsten Akteure in der Weltwirtschaft entwickelt

Wachstum der EU	1995	2015
	EU-15	EU-28
Bevölkerung (Millionen)	372,5	508,5
Bruttoinlandsprodukt (Bio. Euro in Preisen von 2010)	9,1	12,4
Erwerbstätige (Millionen)	156,9	229,3
Wirtschaftliche Bedeutung der EU		
EU-Anteil am Welt-BIP in Prozent (intern. USD, PPP)	21,3	16,9
EU-Anteil am Weltwarenhandel	40,2	32,8
EU-Haushalt (Ausgaben) in Mrd EUR	68,6	145,3
Wirtschaftliche Verflechtung		
EU-Binnenhandel in Prozent der Gesamtwarenxporte der EU-Staaten	64,1	63,2
Anteil der EU-Ausländer an allen Erwerbspersonen in Prozent	1,6	3,6
Wirtschaftliche Heterogenität der EU-Staaten		
Kleinstes nationales BIP pro Kopf in Prozent des EU-BIP pro Kopf in KKP	64 (PT)	47 (BG)
Niedrigste nationale Arbeitsproduktivität in Prozent der EU-Arbeitsproduktivität	60 (PT)	45 (BG)

Quellen: EU-Kommission, Destatis, Eurostat, Weltbank.

Tabelle 3: Die EU gehört zu den Regionen mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen und den gleichmäßigsten Einkommen auf der Welt

	EU28	EU15	OECD ohne EU-Länder	Welt	Deutschland
BIP je Einwohner (USD in KKP, 2014)	32.209	39.582	37.244	14.301	43.919
Arbeitsproduktivität* (USD in KKP, 2005–2012**)	60.234	75.828	61.574	24.280	70.030
Gini-Koeffizient (2005–2013**)	31,1	31,6	37,1	39,0	30,6
Anteil der Bevölkerung mit wenigstens Hauptschulabschluss in Prozent (2005–2013**)	87,7	84,4	85,1	59,7	96,6
Lebenserwartung bei Geburt (2014)	79,3	81,4	81,1	71,5	80,9

* BIP je Erwerbstätigem.
** Letztes verfügbares Jahr.

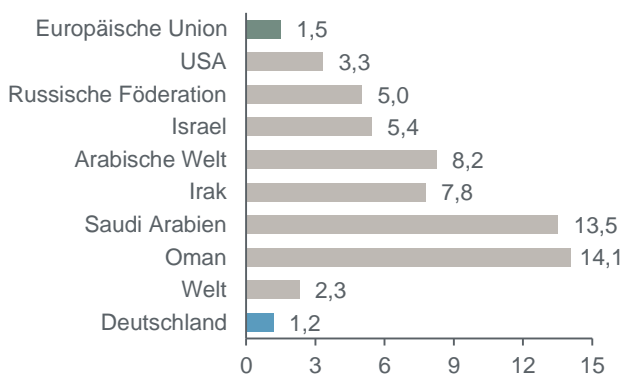
Quelle: Vereinte Nationen.

Um den geldwerten Vorteil zu berechnen, haben wir die Friedensdividende über ein Szenario geschätzt: Wieviel höher lägen die Rüstungsausgaben, wenn die Staaten der EU sich als politische und militärische Rivalen ansähen. Einen Schätzwert dafür liefern die eingesparten Militärausgaben gegenüber der Zeit des kalten Krieges. Seit dem Zerfall des Warschauer Paktes im Jahr 1990 haben die Mitgliedsstaaten der EU die Militärausgaben von 2,6 auf 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts gesenkt. Das entspricht einer jährlichen Einsparung von 162 Mrd. EUR. Für Deutschland liegt die Einsparung bei 37 Mrd. EUR pro Jahr.

Die gesparten Militärausgaben gegenüber dem kalten Krieg sind aber nur als Untergrenze anzusehen. Länder, die sich akut militärisch bedroht fühlen, für Kriege rüsten oder in Kriege verwickelt sind, wenden sehr viel mehr ihrer Produktionsmittel für das Militär auf. In Russland und Israel machten die Militärausgaben 2015 rund 5 % des BIP aus, in der arabischen Welt 8,2 %, in Oman 14,1 % (Grafik 2).² Legt man diese Zahlen zu Grunde, so liegen die eingesparten Militärausgaben für die EU-Staaten zwischen 516 Mrd. EUR und 1,85 Bio. EUR pro Jahr, für Deutschland zwischen 116 und 392 Mrd. EUR.

Grafik 2: Frieden und Zusammenarbeit senken Rüstungsausgaben und schaffen Sicherheit und Wohlstand

Militärausgaben in Prozent des BIP 2015



Quelle: Weltbank.

Die Friedensdividende liegt noch weit höher, wenn man davon ausgeht, dass ein zersplittertes Europa Kriege führen würde. Von den napoleonischen Kriegen bis zum Zweiten Weltkrieg hat es in Westeuropa keine 70 Jahre Frieden gegeben. Den Boden für den Zweiten Weltkrieg hatten die Feindschaften und das Vormachtstreben unter den europäischen Staaten sowie die mangelnde Solidarität in der Weltwirtschaftskrise bereitet.

Der Europäische Binnenmarkt ist der Motor der wirtschaftlichen Integration

Im Europäischen Binnenmarkt gipfelt die wirtschaftliche Integration der europäischen Staaten. Als verlässlicher Rahmen für Freihandel, freien Personen- sowie freien Kapitalverkehr hat er nicht nur zum herausragenden Wachstum der EU, sondern auch zur Sicherung des Friedens maßgeblich beigetragen. Denn aufgrund der engen ökonomischen Verflechtungen würden Konflikte mit Handelspartnern einen erheblichen Schaden in der eigenen Wirtschaft anrichten.

Durch den Binnenmarkt vergrößern sich die Absatzchancen für Unternehmen erheblich. Der heimische Absatzmarkt deutscher Betriebe weist ein Volumen von 2,8 Bio. EUR auf. Mit dem Europäischen Binnenmarkt steht ihnen insgesamt ein zollfreier internationaler Markt mit einem Volumen von 14,2 Bio. EUR offen. Aus dem gemeinsamen Markt resultiert ein europaweiter, intensiver Wettbewerb. Diejenigen Firmen, die sich in diesem Wettbewerb durchsetzen, erzielen Effizienzgewinne, die auch ihre Wettbewerbsposition gegenüber Unternehmen aus anderen Weltregionen verbessern.

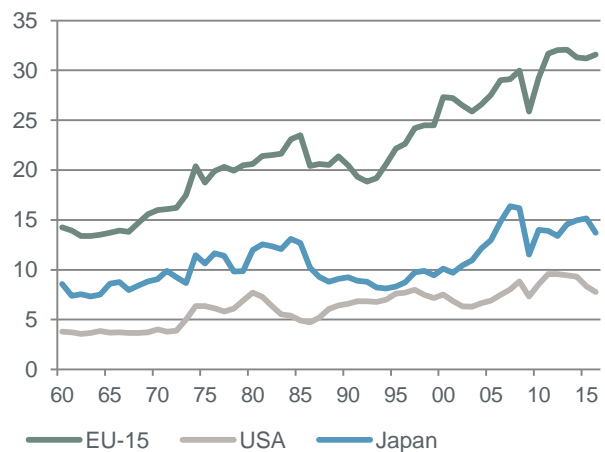
Gleichzeitig begünstigt der gemeinsame Binnenmarkt die Spezialisierung von Volkswirtschaften. So konnte sich in Deutschland eine hoch produktive Automobilindustrie samt Zulieferbranchen etablieren, die hier zu Lande in jedem Jahr weit mehr Autos herstellt als sie innerhalb der nationalen Grenzen verkaufen kann. 2015 wurden in Deutschland 5,7 Mio. Pkw produziert – weniger als ein Drittel davon dürfte tatsächlich deutsche Straßen befahren. Eine Vielzahl von Beschäftigten in Exportbranchen profitiert von dieser internationalen Arbeitsteilung.

Größte Nutznießer des Freihandels in der EU sind aber die Verbraucher. Denn intensiver Wettbewerb bewirkt sinkende Preise für den Endkunden sowie eine größere Produktvielfalt. So importieren Deutsche beispielsweise Schuhe aus Italien, Möbel aus Schweden und Käse aus Holland. Da eine Alternative zum gemeinsamen Markt nur hypothetisch und nicht direkt erfahrbar ist, gehört dieser Erfolg der Europäischen Union zu den am Wenigsten bewusst wahrgenommenen – obwohl er doch massiv auf das tägliche Leben ausstrahlt.

Das starke Wachstum des Außenhandels der EU-Länder im Vergleich zu anderen Industriestaaten lässt erkennen, wie der Europäische Binnenmarkt den Handel gefördert hat. Seit 1960 hat sich der Anteil der Warenexporte am BIP in den EU-15-Staaten mehr als verdoppelt (Grafik 3). Die USA und Japan steigerten ihren Außenhandel weit weniger stark.

Grafik 3: Europäischer Binnenmarkt stärkt den Außenhandel

Warenexporte in Prozent des BIP



Quellen: AMECO, eigene Darstellung.

Die EU-Länder liefern durchschnittlich zwei Drittel ihrer Ausfuhren in ein Partnerland der Union. Die engen Handelsverflechtungen können sie schützen, wenn in anderen Weltregionen Protektionismus aufkeimt. Damit sichert der Europäische Binnenmarkt Volkswirtschaften mit einer ausgeprägten Exportorientierung, wie der irischen, belgischen, niederländischen aber auch der deutschen, verlässliche Absatzbedingungen. Zudem ist die große wirtschaftliche Bedeutung des Europäischen Binnenmarktes vorteilhaft, wenn es um das Aushandeln internationaler Freihandelsabkommen geht. Durch ihr wirtschaftliches Gewicht kann die EU den Unter-

nehmen der Bündnisstaaten faire Marktchancen außerhalb des Binnenmarktes eröffnen und ihre hohen Umwelt- und Verbraucherschutzstandards durchzusetzen.³ Das jüngst mit Kanada ausgehandelte Abkommen CETA ist ein Beispiel dafür. Selbst große EU-Länder wie Deutschland, Großbritannien oder Frankreich hätten allein gegenüber Wirtschaftsriesen wie den USA oder China eine wesentlich ungünstigere Verhandlungsposition. Das wirtschaftlich größte EU-Land Deutschland hat gerade einmal einen Weltmarktanteil von 8 % – für die EU insgesamt sind es dagegen 33 %.

Ohne den Europäischen Binnenmarkt als Freihandelszone bestünde in Europa ferner ein Chaos von nationalen Regelungen für Außenhandel, Auslandsinvestitionen, Verbraucher- und Umweltschutz. Am Beispiel der Schweiz lässt sich verdeutlichen, welchen politischen und bürokratischen Aufwand die Staaten betreiben müssten, wollten sie das Regelwerk der EU durch bilaterale Abkommen ersetzen: Die Schweiz hat mit der EU 20 Hauptabkommen und viele weitere Verträge zur wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit geschlossen. Wollte jedes der 28 EU-Mitglieder im nationalen Alleingang mit allen anderen EU-Staaten eine entsprechende Zusammenarbeit vereinbaren, wären dafür 7.560 zentrale Abkommen und ein Vielfaches an kleineren Verträgen zu schließen.

Eine besondere Herausforderung wäre die Bestimmung der Einfuhrzölle. Zur Berechnung durch Zollämter müssten exportierende Unternehmen den Ursprung von Gütern nachweisen. Da sich die meisten Güter aus Zwischenprodukten unterschiedlicher Länder zusammensetzen, führt dies zu einem komplizierten Geflecht von Ursprungsregeln („spaghetti bowl“-Phänomen).⁴ Welcher Wirrwarr aus einer nationalen Zersplitterung des Binnenmarktes für den Handel in Europa entstünde, lässt sich anhand der ebenso anschaulichen wie abschreckenden Schilderungen von Friedrich List erahnen, einem Wegbereiter des Deutschen Zollvereins im 19. Jahrhundert.⁵

Innereuropäische Kapitalströme unterstützen wirtschaftliche Entwicklung und verringern Wohlstandsgefälle

Neben dem Außenhandel ist auch der Kapitalverkehr in der Europäischen Union frei von Beschränkungen. In der Folge haben sich die innereuropäischen Kapitalströme intensiviert. Sie fließen vor allem aus den alten EU-15 in die neuen EU-13, also plakativ gesprochen vom reichen Westen in den weniger reichen Osten.⁶ Der Grund: In den osteuropäischen Ländern ist Kapital knapper und Investoren erzielen dort höhere Renditen. Seit 1993 flossen den EU-13 insgesamt rund 600 Mrd. EUR aus dem Ausland zu; ihr Kapitalbilanzdefizit lag im Durchschnitt bei etwa 5 % ihres BIP.⁷ Über die Hälfte aller ausländischen Direktinvestition in den EU-13 stammen aus den EU-15.

Die innereuropäischen Kapitalströme beschleunigen die wirtschaftliche Konvergenz zwischen den ehemals sozialistischen Staaten und den langjährigen Marktwirtschaften. 1995 erwirtschafteten die EU-13 in Kaufkraftstandards rund 42 % des Einkommensniveaus der EU-15; 2015 hatten sie

auf 63 % aufgeholt. Die Investitionsquote in den EU-13 lag seit 1995 mit 24 % durchgängig über der Quote in den EU-15 (21 %).⁸ Ohne die Bereitstellung von Kapital durch das Ausland hätten diese umfangreichen Investitionen nicht finanziert und die erfolgte Konvergenz nicht realisiert werden können. Die Daten zu Kapitalströmen und Direktinvestitionen lassen den Schluss zu, dass der freie Kapitalverkehr in der EU einen erheblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg in den osteuropäischen Bündnisstaaten hatte.

Auch die Kapitalgeber profitieren von den innereuropäischen Finanzströmen, indem sie mit ihren Investitionen überdurchschnittliche Renditen erzielen. Besonders Deutschland weist im EU-Vergleich eine hohe Sparquote auf. Die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse bedeuten, dass große Teile der deutschen Ersparnisse im Ausland, auch in Osteuropa, angelegt werden. Aufgrund des hohen Kapitalbedarfs sind mit den eingesetzten Geldern hier gute Renditen zu erzielen.

Arbeitnehmerfreizügigkeit erzeugt weit mehr Gewinner als Verlierer

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gibt allen EU-Bürgern das Recht in anderen EU-Staaten eine Arbeit aufzunehmen, ohne gegenüber Einheimischen diskriminiert zu werden. Seit 2014 gilt sie uneingeschränkt auch für alle osteuropäischen Beitrittsländer. Vorteile bringt sie zunächst allen Bürgern, die im Ausland arbeiten oder eine Ausbildung machen wollen. Für Deutschland sind das nicht wenige: Von 2005 bis 2015 sind mehr als 1,6 Millionen Deutsche ausgewandert; 1,3 Millionen wanderten zurück. Die meisten zogen in andere EU-Staaten.

Angesichts der öffentlichen Debatte um Zuwanderung kann man die positiven Wirkungen für den Arbeitsmarkt nicht deutlich genug hervorheben: Die Arbeitskräftemobilität in der EU hilft Ländern mit Geburtendefiziten und wachsender Arbeitskräftenachfrage wie Deutschland, Österreich und Dänemark, einen Fachkräftemangel zu verhindern. So gibt es in Deutschland in technischen Berufen, in der Alten- und Krankenpflege, im Aus- und Trockenbau und bei Ärzten Fachkräftengpässe, die ohne qualifizierte Zuwanderung aus der EU weit stärker ausfallen würden. EU-Ausländer stellen mittlerweile 5 % aller Erwerbspersonen in Deutschland (Grafik 4).

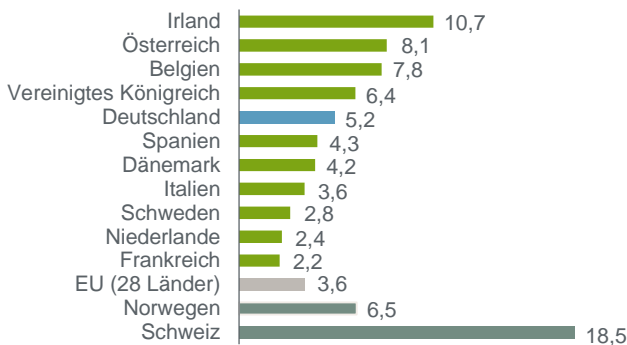
Die Arbeitskräftewanderungen helfen aber auch den Herkunftsländern. Spanien und Griechenland haben derzeit Arbeitslosenquoten von rund 20 %, von den 15–24jährigen sind über 40 % arbeitslos (Jugendarbeitslosigkeit). Abwanderungen Arbeitssuchender entlasten dort die Sozialsysteme, verringern die Entwertung von Qualifikationen und geben jungen Menschen Perspektiven und Einkommen. Oft transferieren sie einen Teil davon in ihre Heimatländer und helfen so ihren Familien.

Sorgen in Verbindung mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit haben sich dagegen meist als unbegründet erwiesen, auch weil die Politik Fehlentwicklungen vorgebeugt hat: Eine Masseneinwanderung in die Sozialsysteme reicherer Länder aus der EU findet nicht statt. Nach Deutschland sind seit dem Jahr

2011 aus der EU 1,4 Millionen Menschen eingewandert. Die meisten davon gehen einer Beschäftigung nach und zahlen in Deutschland Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Lediglich 6 % aller Arbeitslosen in Deutschland sind EU-Ausländer. Zu einer massenhaften Inanspruchnahme der hohen deutschen Sozialleistungen ist es nicht gekommen.⁹ Es ist ein erklärtes Ziel der EU, den Missbrauch der Sozialsysteme zu verhindern. Neben anderen Ländern beugt auch Deutschland diesem vor.¹⁰

Grafik 4: Zuwanderer aus der EU erhöhen das Erwerbspersonenpotenzial in einigen Ländern beträchtlich

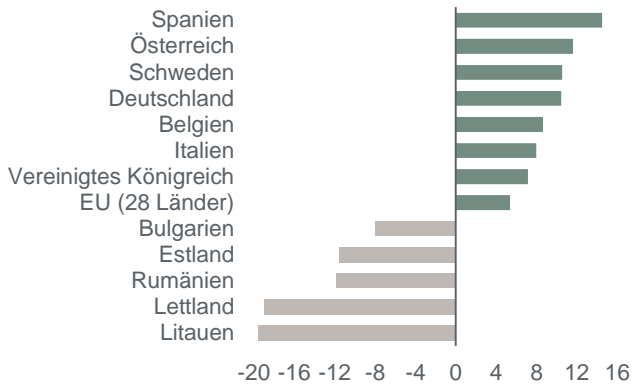
Anteil EU-Ausländer an den Erwerbspersonen des Landes



Quelle: Eurostat.

Grafik 5: Seit 1990 sind viele Osteuropäer nach Westeuropa gewandert – das verringert sowohl Arbeitslosigkeit als auch Fachkräftengässe in der EU

Währungssaldo in Prozent der Bevölkerung von 1990 bis 2015



Quelle: Eurostat.

Ebenso hat die Arbeitnehmerfreizügigkeit keinen brain drain aus den wirtschaftlich weniger entwickelten EU-Ländern ausgelöst. Große Abwanderungen von bis zu 20 % der Bevölkerung hat es in den letzten 25 Jahren aus den baltischen Staaten und aus Bulgarien und Rumänien gegeben (Grafik 5). Die Abwanderung setzte jedoch bereits in den 80er-Jahren ein und hat sich zuletzt nicht auffällig erhöht. Die Emigration trug wesentlich zur Verringerung der Arbeitslosigkeit in Osteuropa bei. Am stärksten ging die Arbeitslosenquote in Bulgarien zurück, wo sie zeitweise 20 % betrug.

Zuwanderer verdrängen Einheimische in der Regel auch nicht von Arbeitsplätzen. Durch Sprachbarrieren und Schwie-

rigkeiten bei der Anerkennung und Einschätzung von Berufsabschlüssen sind ausländische Bewerber gegenüber Einheimischen häufig im Nachteil. Zudem ist die Arbeitskräftenachfrage z. B. in Deutschland seit Jahren gewachsen. Bei schrumpfender Bevölkerung und steigender Arbeitsnachfrage würde sich ohne Zuwanderung eine wachsende Arbeitskräftelücke auftun. Indem sie diese schließen, helfen Zuwanderer auch einheimischen Beschäftigten und zahlen in das deutsche Sozialsystem ein.

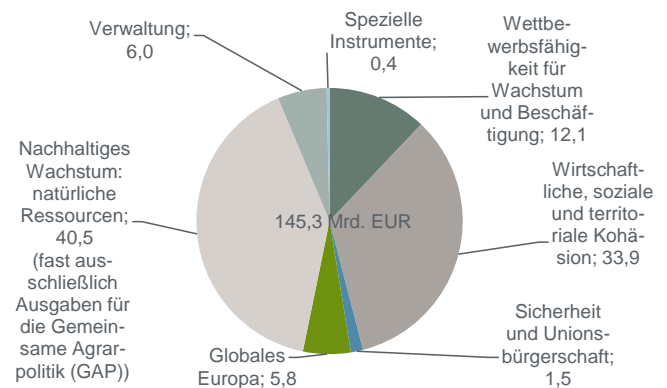
Die EU leistet Entwicklungshilfe für strukturschwache Regionen Europas

Seit ihrer Gründung verfolgt die EU das Ziel, den Rückstand weniger begünstigter Gebiete zu verringern. Der Grundstein dafür wurde in den Römischen Verträgen gelegt. Die EU handelt als Solidargemeinschaft, in der die wirtschaftlich Stärkeren die weniger Starken und in Schwierigkeiten geratenen unterstützen.

Die Umverteilung zugunsten strukturschwacher Regionen und Länder findet zum einen über die Förderfonds der Kohäsionspolitik statt.¹¹ Die Ausgaben für die Kohäsionspolitik beliefen sich 2015 auf 34 % des EU-Haushalts, der insgesamt 145 Mrd. EUR umfasste (Grafik 6). Die Fonds vergeben unter anderem Fördermittel für Infrastruktur- und Unternehmensinvestitionen, Unternehmensgründungen, Forschung und Entwicklung sowie Bildung. Eine erhebliche Umverteilung zugunsten der wirtschaftlich weniger starken EU-Mitglieder findet zudem über die Agrarausgaben statt.

Grafik 6: Die höchsten EU-Ausgaben entfallen auf die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik

Anteile am EU-Haushalt 2015 in Prozent (gerundete Werte)



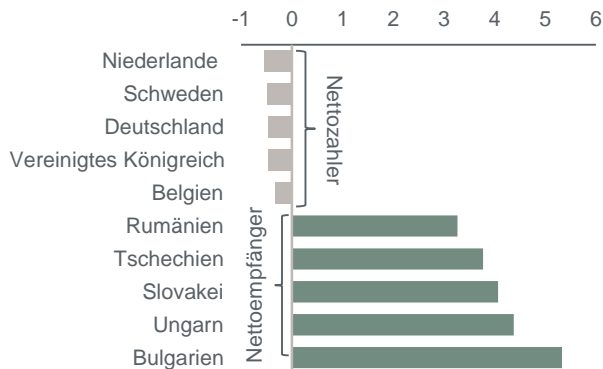
Quelle: Finanzbericht der EU-Kommission.

Die Finanzierungssalden der einzelnen Staaten gegenüber dem EU-Haushalt zeigen, dass die Transfers für einige Empfänger von großer gesamtwirtschaftlicher Bedeutung sind. Besonders profitieren die osteuropäischen Mitglieder (Grafik 7). 2015 machten die Nettzahlungen aus dem EU-Haushalt für Bulgarien, Ungarn und die Slowakei zwischen 4 und 6 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) und rund 10 % der Staatsausgaben aus. Zum Vergleich: Die Aufbaumittel, die Deutschland von den USA aus dem Marshallplan erhielt, beliefen sich 1950 auf etwa 1,5 % des damaligen deutschen BNE. Auf der anderen Seite bleibt durch die Deckelung des EU-Gesamthaushalts auf unter 2 % des europäischen BIP

die Belastung für die Nettozahler gering. Derzeit liegt der Beitrag der Nettozahler bei weniger als 1 % ihres BIP.¹²

Grafik 7: Für osteuropäische Staaten sind die Transfers aus dem EU-Haushalt von erheblicher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, für die Nettozahler ist die Last gering

Finanzsaldo gegenüber dem EU-Haushalt in Prozent des BNE 2015



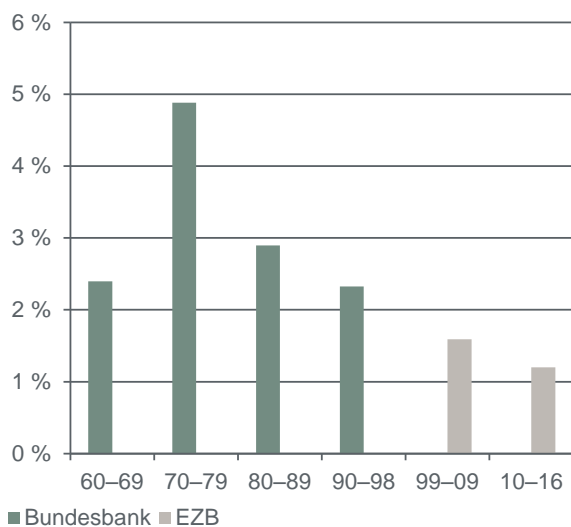
Quelle: Europäische Kommission.

Der Euro: eine stabile, einheitliche Währung für Europa

Vor 25 Jahren fiel in Maastricht der Startschuss für einen weiteren Integrationsschritt: Die Mitgliedsstaaten erklärten sich bereit, ihre geldpolitische Souveränität aufzugeben und eine gemeinsame Währung einzuführen, den Euro. Die EZB wurde nach dem Vorbild der Bundesbank konzipiert und hat wie sie für stabile Preise gesorgt. Der Euro ist heute gesetzliches Zahlungsmittel in 19 EU-Staaten. Seit seiner Einführung war die Verbraucherpreisinflation in Deutschland sogar geringer als zu Zeiten der D-Mark, die als Garant für Stabilität galt (Grafik 8).

Grafik 8: Die Verbraucher des Euroraums profitieren von stabilen Preisen

Anstieg der Verbraucherpreise, in Prozent



Quelle: Bundesbank.

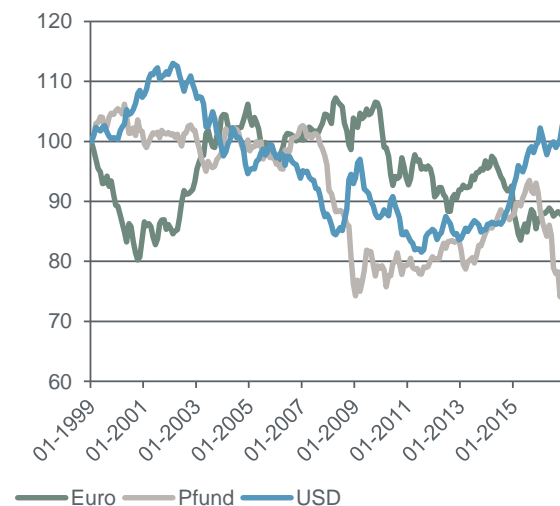
Der Außenwert des Euro ist ebenso stabil wie der des US-Dollars und des britischen Pfunds (Grafik 9). Somit ist die Kaufkraft der Verbraucher auch für Importgüter so verlässlich

wie in anderen bedeutenden Währungsräumen.

Die gemeinsame Währung bringt zusätzlich zum Schutz vor Inflation für Bürger und Unternehmen „greifbare“ Vorteile. So entfallen bei Reisen und Überweisungen innerhalb der Eurozone der Umtausch und die mit ihm verbundenen Kosten. Auch das lästige Umrechnen und Wechselkursrisiken fallen weg. Für Unternehmen ist die teure Absicherung gegen Wechselkursschwankungen damit obsolet. Die gesparten Kosten pro Jahr werden auf 0,3–0,4 % des BIP geschätzt,¹³ das entspricht für 2015 mehr als 40 Mrd. EUR. Zudem entfällt das Wechselkursrisiko oft auch bei Geschäften außerhalb des Euroraums: Zwei Drittel der Exporte der Eurozone und die Hälfte der Importe werden in Euro abgerechnet.¹⁴

Grafik 9: Der Außenwert des Euro war so stabil wie der des Dollars und des britischen Pfundes

Realer Wechselkurs, Index 1999=100



Quelle: BIZ.

Den Vorteilen steht die Erfahrung der Finanzkrise gegenüber, die die junge Währungsunion einer harten Belastungsprobe unterzogen hat. Es hat sich gezeigt, dass hohe Staatsschulden in der Eurozone schnell zu einer Gefahr für die finanzielle Stabilität werden. Denn um eine Vergemeinschaftung von Risiken zu vermeiden, steht die EZB nicht für eine gezielte Stützung einzelner angeschlagener Staaten zur Verfügung wie das in anderen Währungsräumen der Fall ist. Deswegen wurde mit dem europäischen Stabilitätsmechanismus im Zentrum ein Sicherheitsnetz geknüpft und ein schmerzhafter Konsolidierungskurs eingeschlagen. Dennoch bleibt vieles zu tun, um die gemeinsame Währung nachhaltig krisenfest zu machen, ihre Akzeptanz zu sichern und die wirtschaftliche Konvergenz innerhalb der Eurozone zu beschleunigen.

Die EU reformiert die Agrarpolitik: Abkehr von Butterbergen, Milchseen und Exportsubventionen

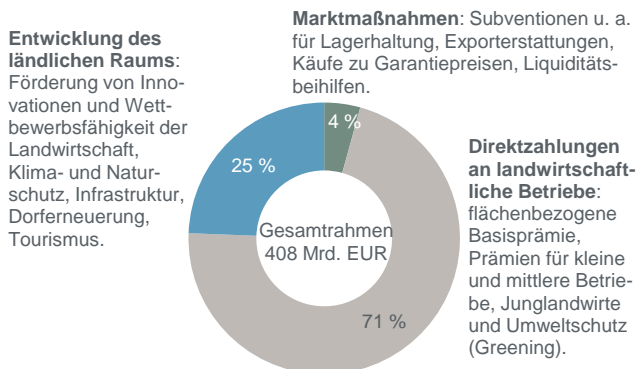
Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist ein Beispiel für die Reformfähigkeit der Europäischen Union. Die GAP basiert auf umfangreichen Stützungszahlungen an die Landwirtschaft. Ursprünglich waren dies vor allem Subventionen in Form von Exporterstattungen und staatlichen Garantieprei-

sen. Noch in den 70er-Jahren machten diese Beihilfen über 70 % der Agrarausgaben der EU aus. Die kostenträchtige Folge war die massive Überproduktion von Getreide, Obst und Gemüse; Fleisch und Milchprodukten, die zu den legendären Butterbergen und Milchseen führte.

Um Verschwendung und Fehlanreize zu reduzieren, hat die EU ihre Beihilfen weit gehend produktionsneutral umgestaltet und in ihrer Höhe gedeckelt. Die Reformen haben die Verzerrung von Märkten und internationalem Handel erheblich vermindert.¹⁵ Zudem sank durch sie der Anteil der Agrarsubventionen am EU-Haushalt von über 90 % im Jahr 1970 auf rund 40 % im Jahr 2015. (Grafik 10).

Grafik 10: Die Subventionen für die Landwirtschaft wurden von der Produktion und den Exporten weitgehend entkoppelt

Anteile am Finanzrahmen 2014 bis 2020 für die gemeinsame Agrarpolitik GAP



Quelle: Europäische Kommission.

Für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltige Landwirtschaft müssen die Reformen fortgeführt werden. Aufgrund der hohen Löhne und Gehälter und Bodenpreise könnten viele landwirtschaftliche Betriebe in Europa im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.¹⁶ Ein Abbau der Subventionen bei weit gehendem Erhalt der Landwirtschaft wird daher nur gelingen, wenn europäische Landwirte die Produktivität ihrer Betriebe erheblich steigern. Zusätzlich sollten die Subventionen weit stärker an ökologische Kriterien gekoppelt werden. Im Sinn einer gesunden Ernährung und des Umweltschutzes besteht hier noch weiterer Handlungsbedarf.¹⁷

EU-weite Regeln dienen dem fairen Wettbewerb und den Bürgern

Der gemeinsame Markt befindet sich in einem laufenden Prozess der Vertiefung. Wichtige Bereiche sind z. B. digitale Dienstleistungen, Finanzdienstleistungen, Kapitalmärkte und Energie. Damit erhöht sich der Bedarf an EU-weiter Regulierung. Keineswegs ist aber mehr Regulierung immer besser und keineswegs ist es immer optimal, diese auf EU-Ebene vorzunehmen. Deshalb ist es richtig, dass die EU auf die Prinzipien der Subsidiarität und Proportionalität setzt. So sollte zum einen auf EU-Maßnahmen verzichtet werden, wenn die Mitgliedsländer eigenständig effektive Lösungen finden. Durch diesen dezentralen Ansatz kann nationalen Vorlieben besser Rechnung getragen werden. Zum anderen sollten die

Kosten der Regulierung begrenzt werden und in einem vernünftigen Verhältnis zu ihrem Nutzen stehen. Insgesamt be-scheinigt die OECD der EU-Kommission bei der Erarbeitung regulatorischer Maßnahmen im internationalen Vergleich eine hohe Qualität, die den nationalen Methoden meist überlegen ist. Im Folgenden betrachten wir zwei Politikfelder, in denen von der EU gesetzte Vorgaben eine wichtige Rolle spielen: Verbraucher- und Umweltschutz.

Zum Wohl der Verbraucher ist die EU im Alltag präsent – häufig unbemerkt

Der Verbraucherschutz der EU verfolgt vier Ziele: Produktsicherheit und Gesundheit; Sicherstellung klarer, richtiger und konsistenter Information; Streitschlichtung; sowie Sicherung der Verbraucherrechte. Einige Beispiele zeigen, dass es auch um Jugendschutz und bares Geld geht:

- Schätzungen zufolge sterben in Europa pro Jahr 700.000 aktive und passive Raucher an den gesundheitlichen Folgen des Rauchens.¹⁸ Die Folgekosten für die Gesundheitssysteme durch Herzkrankheiten, Raucherlungen, Raucherbeine und Krebserkrankungen sind beträchtlich. Die EU hat gemeinsam mit den Bündnisstaaten durch Rauchverbote, Warnhinweise und „Schockfotos“ die Zahl der Raucher erheblich senken können. Insbesondere ist der Anteil der rauchenden 14- bis 15-Jährigen seit Ende der 90er-Jahre von mehr als 20 auf etwa 15 % zurückgegangen.
- Für Internet- und Telefoneinkäufe hat die EU vorgeschrieben, dass die Produkte innerhalb von 14 Tagen ohne zusätzliche Kosten für den Verbraucher zurückgeschickt werden können. Die Frist gilt auch für die Kündigung von Dienstleistungsverträgen, z. B. im Mobilfunk.
- Passagiere in der Union haben bei Ausfällen und Verspätungen von Flugzeug, Bahn oder Bus Anspruch auf Unterstützung und Entschädigung.
- Seit 2007 sind die Preise für grenzüberschreitenden Mobilfunk auf Betreiben der EU um 90 % gefallen. Ab Juni 2017 werden Roaminggebühren in der EU ganz abgeschafft.
- Die EU-Datenschutzverordnung festigt das „Recht auf Vergessenwerden“: EU-Bürger können das Löschen von Verweisen auf persönliche Daten in Suchmaschinen verlangen.

Die EU sorgt für wettbewerbsneutralen, länderübergreifenden Umweltschutz

Die Nationalstaaten haben die Umweltgesetzgebung weit gehend auf die EU übertragen. Etwa drei Viertel der in den Bündnisstaaten gültigen Umweltgesetze beruhen auf Richtlinien und Verordnungen der EU. Dazu zählen die Wasser-rahmen- und die Abfallrahmenrichtlinie, die Naturschutzrichtlinie und die Luftqualitätsrichtlinie. Das bringt bedeutende Vorteile:

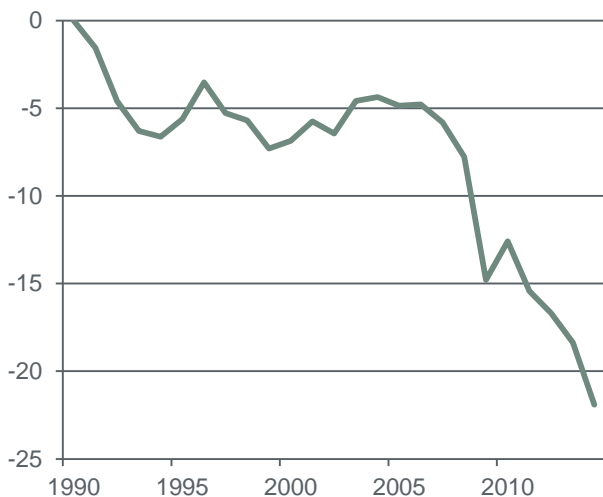
- Viele Umweltbelastungen erfordern internationale Vereinbarungen, weil auch Nachbarstaaten oder die ganze Welt

davon betroffen sind. Dazu zählen Klimaschutz, Luftreinhaltung und Gewässerschutz. Ein bedeutendes Beispiel für eine EU-weite Kooperation ist der Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten, der ohne die etablierten Entscheidungsmechanismen in der EU kaum umgesetzt worden wäre.

- EU-weite gesetzliche Vorgaben verhindern, dass einzelne Staaten sich durch niedrige Umweltauflagen Wettbewerbsvorteile verschaffen.
- Die EU handelt für ihre Mitgliedsstaaten internationale Umweltabkommen wie das Kyoto-Protokoll zum Klimaschutz, das Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht und die Biodiversitätskonvention aus. Internationale Vereinbarungen kommen so einfacher zu Stande.
- Die EU unterstützt den Umweltschutz mit Fördergeldern. Damit hilft sie insbesondere den wirtschaftlich weniger starken Regionen bei der Umsetzung. So erhielten die osteuropäischen Staaten Fördermittel, um die EU-Auflagen für sauberes Trinkwasser, die Abwasserklärung und die Abfallentsorgung umzusetzen.
- Die Erfolge der Umweltpolitik zeigen sich beispielhaft im Klimaschutz: Durch die Gesetze und Initiativen der EU und ihrer Bündnisstaaten konnte der Kohlendioxidausstoß durch die EU-Staaten seit 1990 um 22% gesenkt werden (Grafik 11).

Grafik 11: Treibhausgasemissionen der EU-Staaten

Veränderung seit 1990 in Prozent



Quelle: European Environment Agency.

Die EU bewältigt Aufgaben, die Einzelstaaten nicht lösen können

Viele Politikfelder fordern in einer globalisierten Welt ein multilaterales Vorgehen, um erfolgreich zu sein. Das gilt umso mehr in der eng verflochtenen EU. Hierbei geht es um die Bekämpfung internationaler Kriminalität, die Stärkung von Arbeitnehmerrechten und Gemeinschaftsprojekte, die allen Staaten zugutekommen:

- Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Steuerflucht: Eine EU-Richtlinie führt ab September 2017 ein umfassendes System des verpflichtenden Informationsaustausches zwischen den EU-Staaten ein. Sie gilt für Zinsen, Dividenden, Veräußerungserlöse und andere Kapitalerlöse sowie Kontoinformationen von Steuerausländern. Um Steuervermeidungspraktiken zu erkennen, müssen multinationale Unternehmen ab dem Steuerjahr 2016 Umsätze, Gewinne und Steuerzahlungen für jedes Land offenlegen.
- Sicherung von arbeitsrechtlichen Mindeststandards: Um ein „race to the bottom“ zwischen den Mitgliedsstaaten zu verhindern, setzt die EU Mindeststandards bei den Arbeitsbedingungen fest. So wird in der Arbeitszeitrichtlinie von 2003 bestimmt, dass die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden nicht überschreiten darf und ein Jahresurlaub von mindestens 4 Wochen zu gewähren ist.
- Integration der Europäischen Energienetze zu einem gemeinsamen Energiemarkt: Bis 2020 sollen alle Mitgliedsstaaten in die Lage versetzt werden, durch grenzüberschreitende Energienetze mindestens 10 % ihrer Stromproduktion mit ihren Nachbarländern auszutauschen. Das ermöglicht mehr Wettbewerb auf den von Großversorgern dominierten Strommärkten zugunsten der Verbraucher. Zudem erhöht es die Versorgungssicherheit; Reservekapazitäten können reduziert werden. Das verbessert die Voraussetzungen für den weiteren Ausbau von Windkraft und Solarenergie.

Die Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand erfordert weiterhin solidarische Zusammenarbeit in Europa

Die EU hat ihre wirtschaftliche Leistungskraft und ihre Anpassungs- und Reformfähigkeit in den letzten 60 Jahren eindrucksvoll bewiesen und das auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Vergleichende Blicke in die europäische Geschichte und andere Weltregionen zeigen, dass Frieden, Freiheit und der nie gekannte Wohlstand keinesfalls selbstverständlich sind. Sie konnten nur erreicht werden, weil die europäischen Völker sich freundschaftlich füreinander geöffnet haben und friedlich miteinander kooperieren.

Die Finanzkrise und ihre Folgen haben die EU vor eine Zerreißprobe gestellt. Das starke Anschwellen der Migrationsströme hat die Spannungen verstärkt. Nicht nur die Flüchtlingskrise, auch die Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit haben Befürchtungen vor einer Überlastung der Sozialsysteme, steigender Arbeitslosigkeit und Überfremdung wachsen lassen. Dazu gesellt sich eine mit Ängsten geschürte Skepsis gegenüber Globalisierung und Freihandel.

All dies hat populistische Strömungen stark werden lassen, die das Heil in Abgrenzung und einer auf den nationalen Vorteil fokussierten Machtpolitik zu finden glauben. Es scheint daher erforderlich, in der Bevölkerung stärker für die Fortsetzung der erfolgreichen Zusammenarbeit in der EU zu werben. Ein geeigneter Weg dazu ist, den Bürgern die Ziele, die Erfolge und den im Alltag „greifbaren“ Nutzen näher zu bringen. Zudem lässt sich anhand der abschreckenden Beispiele in der europäischen Geschichte deutlich machen, dass ein

Zurückfallen in nationale Egozentrik, Rivalitäten und Vormachtstreben alle Nationen in eine schlechtere Zukunft führen würde.

Um die EU wirtschaftlich voran zu bringen, kommt es heute vorrangig darauf an, für mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen zu sorgen, um überall in Europa die Finanzkrise hinter sich zu lassen. Dazu sind Strukturreformen, ein stabiles Finanzsystem und höhere Investitionen erforderlich. Verfügbare fiskalische Spielräume sind zu nutzen, solange eine Nachfragerücklage vorliegt. Weitere Kompetenzen sollten der EU dort übertragen werden, wo in den Mitgliedsstaaten Konsens dafür gegeben ist. Das kann auch ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten bedeuten, in dem weitere Integrationsschritte zunächst nicht von allen Staaten vollzogen werden. Jede Ausweitung der Zusammenarbeit ist ein Experiment. Die Rückübertragung einzelner Politikfelder in nationale Verantwortung sollte daher kein Tabu sein, wenn dies

für den Zusammenhalt des Bündnisses und für das Wohlergehen der Volkswirtschaften besser ist.

Kooperation erfordert immer auch Kompromisse und Zugeständnisse. Nicht jedem Land nutzt jeder Integrationsschritt zu jedem Zeitpunkt gleichermaßen, und wie in jeder guten Freundschaft ist auch die Bereitschaft zu geben gefragt. Exportorientierte Volkswirtschaften profitieren besonders vom Freihandel im Europäischen Binnenmarkt, andere dagegen von den Kapitalzuflüssen und umfangreichen Wirtschaftshilfen. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit nützt vor allem Volkswirtschaften mit Fachkräftemangel und mit hohem Arbeitskräfteüberschuss. Völkerfreundschaft sowie wirtschaftliche und politische Stabilität sind jedoch für alle von unschätzbarem Wert. Es ist daher auch ein Gebot der Klugheit, die 60-jährige Zusammenarbeit fortzuführen und das gemeinsame Haus Europa zum Nutzen aller weiter zu modernisieren und auszubauen. ■

¹ Vgl. Die Zeit (2013): Ein Königreich für Europa, <http://www.zeit.de/2013/06/Grossbritannien-EU-Beitritt-Geschichte/seite-2>

² Arabische Welt nach Abgrenzung der Weltbank.

³ Bis heute sind etwa 30 von der EU ausgehandelte präferenzielle Handelsabkommen mit 60 Ländern in Kraft. Weitere sind in Verhandlung. https://www.wko.at/Content.Node/service/aussenwirtschaft/fhp/Handelsabkommen/Handels-Investitionsabkommen_EU-Drittstaaten.html

⁴ 60% des Handels zwischen den OECD-Staaten entfällt auf Zwischenprodukte.

⁵ Vor Inkrafttreten des Deutschen Zollvereins sonderten die 35 Fürstentümer und 4 freien Städte des Deutschen Bundes ihre Märkte durch Zölle, Einfuhrbeschränkungen und Grenzkontrollen voneinander ab. Dazu schrieb Friedrich List in einer Petition: "Achtunddreißig Zoll- und Mautlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Mautordnungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern und Mautnern, der hat kein Vaterland." Zitiert nach https://de.wikipedia.org/wiki/Deutscher_Zollverein.

⁶ Zusätzlich floss vor der Finanzkrise – innerhalb der Eurozone – sehr viel Kapital von Nord- nach Südeuropa. Nach der Finanzkrise drehten sich diese Kapitalströme jedoch teilweise wieder um. Hohe stabile Kapitalströme führten dagegen von Westen nach Osten.

⁷ Es gibt keine Informationen darüber, welcher Teil der 600 Mrd. EUR aus den EU-15 kommt. Angesichts der engen Kapitalverflechtungen in der EU ist aber davon auszugehen, dass diese Länder zu den wichtigsten Investoren in Osteuropa zählen. Für Direktinvestitionen bestätigen die Daten dies, vgl. Hobza, A. und S. Zeugner 2014, 'The 'imbalanced balance' and its unraveling: current accounts and bilateral financial flows in the euro area', European Commission, Economic Papers 520.

⁸ Genau wie für die Handelsströme gilt, dass hohe Investitionsquoten und Kapitalzuflüsse schon vor dem jeweiligen EU-Beitritt auftraten. Die Antizipation einer künftigen EU-Mitgliedschaft dürfte Anreize für umfangreiche Kapitalzuflüsse gesetzt haben.

⁹ Vgl. Straubhaar, Thomas (2014): Zuwanderung: aus ökonomischen und demographischen Gründen wichtig für die Zukunft, in: Zuwanderung nach Deutschland – Problem und Chance für den Arbeitsmarkt, Zeitgespräch, ZBW, S. 164 ff.

¹⁰ Der Umfang der Leistungsausschlüsse im SGB II und im SGB XII wird derzeit neu geregelt. Der vorgelegte Gesetzentwurf sieht vor, dass Personen, die in Deutschland nicht erwerbstätig sind oder waren, frühestens nach einem fünfjährigen Aufenthalt Anspruch auf dauerhafte Leistungen nach SGB II oder XII erhalten sollen. Vgl.: Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2016): EU-Bürger, Zugang zu sozialen Leistungen allgemein, www.eu-gleichbehandlungsstelle.de/Webs/EUGS/DE/EUBuerger/FragenUndAntworten/SozialeLeistungenAllgemein/sozialeleistungenallgemein_node.html

¹¹ Die drei Hauptfonds sind der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen, der Europäische Sozialfonds (ESF) zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen und der Kohäsionsfonds für umweltfreundliches Wachstum und nachhaltige Entwicklung.

¹² Das BNE gibt den Wert der Waren und Dienstleistungen an, die von Inländern erzeugt bzw. erbracht wurden. Das BIP gibt den Wert der Waren und Dienstleistungen an, die im Inland sowohl von Inländern als auch von Ausländern erzeugt bzw. erbracht wurden.

¹³ Vgl. Patterson, B. und S. Amati (1998): Absorption asymmetrischer Schocks, Arbeitspapier ECON 104 DE, Europäisches Parlament, S. 44.

¹⁴ Vgl. EZB (2015): The international role of the Euro, S.7, <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/euro-international-role-201507.en.pdf>.

¹⁵ Vgl. Tangermann, S. (2013): Der Berg gebiert eine Maus, Wirtschaftsdienst 2013/4.

¹⁶ Vgl. Landwirtschaftliche Rentenbank (2013): Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union nach 2013, Schriftenreihe der Rentenbank Band 27, S. 8 f.

¹⁷ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen sieht in weiteren Reformen für eine umweltgerechten und zukunftsfähigen Landwirtschaft eine der großen Herausforderungen der Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Vgl. Sachverständigenrat für Umweltfragen (2016), Umweltgutachten 2016, http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/01_Umweltgutachten/2016_Umweltgutachten_KF.pdf?__blob=publicationFile.

¹⁸ Vgl. European Commission, DG Health and Food Safety, Tobacco Policy, http://ec.europa.eu/health/tobacco/policy_en